

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 15 (1995)
Heft: 29

Artikel: Ein grünes Nein zum EU-Beitritt
Autor: Vischer, Daniel
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-652005>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Daniel Vischer

Ein grünes Nein zum EU-Beitritt

Es gehört zur heuchlerischen Inszenierung selbsternannter Mediokraten, so zu tun, als hänge der Fortschritt in diesem Lande vom EU-Beitritt der Schweiz ab. Ebenso wenig haben wir es dabei mit einer links-rechts-Polarisation zu tun, obgleich dies einige Sozialdemokraten gerne so hätten. Christoph Blocher, seine SVP und die 'Auns' (Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz) lehnen den Beitritt aus wirtschaftlichen und rechts-patriotischen Gründen ab. Es gibt aber auch aus anderer, rot-grüner Warte genügend Argumente gegen einen Beitritt, durchaus patriotische und internationalistische. Wenn in der deutschen Schweiz im Dezember 1992 gegen das geballte Ja einer eigentlichen Mediendiktatur und der Grossparteien, mithin der fast gänzlich vereinten classe politique 58 Prozent den EWR ablehnten, hat mindestens die Hälfte dieser Stimmenden mit SVP und 'Auns' nichts am Hute gehabt, ob in der Stadt wohnend oder auf dem Land. Das Problem liegt allerdings darin, dass immer weniger Politikerinnen und Politiker aus dem rot-grünen Spektrum den Mut haben, mit guten Argumenten offensiv gegen einen EU-Beitritt aufzutreten; nicht zuletzt deshalb, um Blocher dieses Feld nicht völlig zu überlassen.

Das schweizerische politische System kennt die Eigenart, dass sich je nach Sachfragen wechselnde politische Konstellationen ergeben. Vor einer Schicksalsfrage wie dem EU-Beitritt verblasst zusätzlich die Bedeutung von Parolen und die Schweiz ist in dieser Frage mit einer Spaltung quer durch alle Parteien, Verbände, Familien und Stammtische konfrontiert. Vor diesem Hintergrund kann sich Christoph Blocher, der mit seiner Zürcher SVP erneut durch eine demagogische Anti-EU Inseratenkampagne die EU-Befürworter zu provozieren verstand, allerdings nichts Besseres wünschen als die stetige Stigmatisierung aller EU-Gegner als rechten Treibsand: Wer wie Chefredaktor Roger de Weck im Tages-Anzeiger die Reformfähigkeit der Schweiz ausschliesslich mit dem EU-Beitritt verquickt, wird zum unfreiwilligen Helfer der sog. Rechtspopulisten.

Wenn man Umfragen Glauben schenken darf, findet sich in der Romandie heute eine übergrosse Mehrheit für einen EU-Beitritt. Sie ist in diesem Ausmass vor allem als einigendes Fanal gegen die übermächtige Deutschschweizer politische Klasse zu verstehen, genauso wie sich auch Basken von Brüssel mehr versprechen als von Madrid. Allerdings huldigt heute die Westschweiz einer 'Frankophilie', welche die Auseinandersetzung in Frankreich nach Maastricht um die neue Vormachtrolle Deutschlands schlichtweg nicht zur Kenntnis zu nehmen scheint. Eine kritische Beschäftigung mit der EU findet im Welschland kaum statt; auch innerhalb der linken und grünen Szene wird beispielsweise der 'linksnationale' Kurs eines Jean-Pierre Chevènement kaum reflektiert.

Die EU-Befürworter aller politischen Lager pachten für sich den Anspruch, die Schweiz zu modernisieren. Wirtschaftskreise und Meinungsfüh-

rer von bürgerlichen Parteien, für die immer mehr der ABB-Konzernmanager David de Pury zum Sprecher wird, sehen in einem EU-Beitritt der Schweiz letztlich die einzige Chance zur Durchsetzung ihres grossen Deregulierungsprogramms; sie halten die Schweiz nur über Brüssel für 'neoliberalisierbar'. Blocher und die ihn unterstützenden Wirtschaftskreise - Ebner, Schildknecht, nicht öffentlich auftretende andere Bankenspitzenleute - vertreten den gegenteiligen Standpunkt, nur der Alleingang erzeuge in der Schweiz den für sie nötigen Deregulierungsdruck.

Demgegenüber erwarten die Spitzen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften über Brüssel die soziale Reform der Schweiz – ein grosser Irrtum, den sie ihrer nicht-mittelständischen Basis, vor allem in den Gewerkschaften, nur schlecht werden vermitteln können. Die bürgerlichen und sozialdemokratischen Befürworter sind sich einzig in der Modernisierungsabsicht einig, verstehen darunter aber jeweils etwas anderes: Deregulierung (Sozialdumping, 'Vereinfachung' des Umweltschutzes) hier, soziale Regulierung (bessere soziale Schutznormen) dort. Mithin würde sich auch eine FdP-SPS-Koalition, die heute von sozialdemokratischen Hoffnungsträgern mit Vehemenz, aber wenig überzeugend herbeigeredet wird, auf wenig Gemeinsamkeiten abstützen können. Immerhin scheinen sich aber die Technokraten in beiden Lagern zusehends besser zu verstehen. Und wenn aus der Warte von SP-Spitzenleuten mit angeblich fortschrittlichen Spitzenmanagern wie de Pury als Vertreter des multinationalen Kapitals gemeinsame Sache gemacht werden soll, dann wohl nur unter der Optik: Technokraten aller europäischen Länder – vereinigt Euch!

Die wirkliche Klammer zwischen den EU-Befürwortern in Politik, Wirtschaft und Medien bildet indessen die vereinte Frontstellung gegen Blocher; immer mehr reduziert sich die namentlich in den Medien immer wieder entfachte EU-Hysterie auf eine grosse Anti-Blocher-Show: Wer als 'Kosmopolit', 'wirklicher Patriot', 'Europäer' oder 'urbaner' und 'aufgeklärter' Mensch etwas auf sich halte, könne gar nicht anders, als dem EU-Beitritt zuzustimmen. Diesen Positionen ist zu widersprechen.

Denn gegen einen EU-Beitritt der Schweiz sprechen gewichtige staatspolitische, ökologische und soziale Gründe. Sie bilden nach meinem Dafürhalten aus grüner und linker Sicht die *Pièce de résistance* gegen einen Beitritt. – Ein EU-Beitritt wäre unter heutigen Voraussetzungen mit einer weitgehenden Preisgabe der Referendumsdemokratie und der Neutralität verbunden. Das originäre schweizerische Volksrechtssystem und die (immer wieder neu zu bestimmende) Neutralität sind zusammen mit dem föderativen Staatsaufbau konstitutiv für das Selbstverständnis des politischen Systems in der Schweiz. Solange in der EU keine glaubwürdigen demokratischen und föderalistischen Strukturen verankert sind, bedeutet ein EU-Beitritt ein unnötiger Verlust von historischen Errungenschaften.

– Die Volksrechte bilden die Substanz der schweizerischen Demokratie, welche eine Parteienvielfalt und die Artikulation unterschiedlichster und minoritärer Interessen begünstigt. Vielleicht liegt die gemeinsame Zielset-

zung zwischen der FdP und der SPS sehr wohl in der hinter vorgehaltener Hand heute schon abgesprochenen Option, über Brüssel einen Schrittwechsel hin zu einem parlamentarischen System einzuleiten, das vornehmlich im Interesse der grossen Parteien liegt. Klar ist, dass auf der Grundlage von Maastricht und der übrigen EU-Satzung die Volksrechte in der Schweiz in weiten Bereichen an Geltung und Bedeutung verlieren würden. Daran würde auch die von der SPS geforderte Einführung eines konstruktiven Referendums nichts ändern.

– Ein EU-Beitritt würde heute de facto zu einem NATO-Beitritt der Schweiz führen, also zu einer auch formellen Unterordnung unter die Aussenpolitik der EU. Nur beiläufig sei erwähnt, dass sich das ‘neue Europa’ gerade nicht als eigenständiger aussenpolitischer Machtfaktor, als Friedens- und Zivilmacht erwiesen hat, die unabhängig von den aussenpolitischen Optionen der USA in der internationalen Völkergemeinschaft handlungsfähig wäre. Die schweizerische Aussenpolitik müsste sich heute aber verstärkt von den strategischen Interessen der (angelsächsisch) dominierten „neuen Weltordnung“ abkoppeln und eine Vermittlerrolle nicht zuletzt im Nord-Süd-Konflikt übernehmen, mithin sich für eine Aussenpolitik entscheiden, die anerkennt, dass die Interessen der Mehrheit der Menschheit auf dem Erdball und die auf die Sicherung ihres Wohlstands ausgerichteten Interessen des Westens nicht identisch sind. Für die Schweiz als neutralen europäischen Kleinstaat wäre demnach ein UNO-Beitritt vordringlich; die UNO-Mitgliedschaft ermöglichte ihr auch besser, ihre neutrale Position einer nicht eurozentristisch orientierten Aussenpolitik geltend zu machen. In der Sozialdemokratie, aber auch bei Teilen der Grünen wird indessen nicht nur der Stellenwert der schweizerischen Neutralitätspolitik, sondern auch ihre grosse Verankerung in der Bevölkerung verkannt. Wer allerdings heute, wie jüngst auch der Bündnis-Grüne Joschka Fischer in seinen aussenpolitischen Betrachtungen, die Westorientierung zur Massgabe aller Optionen erklärt, hat es aufgegeben, an Alternativen zur NATO zu denken.

– Ein EU-Beitritt würde eine eigenständige Umwelt- und Verkehrspolitik der Schweiz verhindern. Die Alpeninitiative wäre nicht mehr realisierbar, die 40-Tonnen-Limite in Frage gestellt. Die Schweiz müsste aber auch all jene Umweltnormen aufgeben, welche strenger als diejenigen der EU sind. Ebenso würden bei Grossprojekten die heutigen Verfahren in Frage gestellt, die Einführung einer echten CO²- und Energieabgabe würde verzögert und deren Gehalt verwässert. Solange das Subsidiaritätsprinzip im Sinne eines ‘opting out’ keine Option ist, würde der EU-Beitritt für ein zentrales Alpenland wie die Schweiz zu einem Umwelt-Desaster führen.

– Ein EU-Beitritt brächte entgegen landläufiger Auffassung eine Einengung der schweizerischen Ausländerpolitik mit sich. Für Angehörige von EU-Ländern gäbe es zwar Vorteile, begünstigt würde vor allem der Familiennachzug aus Italien, Spanien und Portugal. Für Angehörige der übrigen Welt, namentlich von nicht OECD-Ländern, verschlechterten sich aber gleichzeitig die Zugangsmöglichkeiten. Ein nicht zuletzt von grüner Seite gefordertes Einwanderungsgesetz, das auch einer statthaften Zahl von Menschen aus der

Dritten Welt über eine bestimmte Zeit ermöglicht, hier zu leben und einer Erwerbsarbeit nachzugehen, ohne den Umweg über ein Asylgesuch oder eine Heirat gehen zu müssen, hätte kaum mehr Realisierungschancen. Wer also im Zusammenhang mit der EU von einer Öffnung in der Aussenpolitik spricht, muss wissen, dass er immer nur für die Interessen der EuropäerInnen spricht, oft auch dann, wenn von „multikultureller Gesellschaft“ die Rede ist. – Ein EU-Beitritt würde aber auch das Sozialdumping begünstigen, indem Schutznormen wie zum Beispiel das Nachtarbeitsverbot für Frauen, Schichtvorschriften und andere Regelungen des Arbeitsgesetzes ‘flexibilisiert’ würden. Die Mehrwertsteuer müsste drastisch erhöht werden. Der EU-Beitritt kostete jährlich Milliarden von Franken. Das EU-Recht verstärkt zwar die gesetzlich verankerten Mitwirkungsrechte von Arbeitnehmerorganisationen (heute geltendes Mitwirkungsgesetz), keineswegs aber den Sozialstandard.

– Mit 10 Prozent der Weltbevölkerung machen die EU-Länder einen nur relativ kleinen Teil der Weltbevölkerung aus und bilden gleichzeitig deren Wohlstandszone. Wenn der Bündnis-Grüne Daniel Cohn-Bendit stellvertretend für viele einstige und heutige Gesinnungsfreunde meint, ‘Europa’ sei als einzige Vision noch übriggeblieben, so drückt er deutlich aus, was ‘Öffnung’ für ihn wirklich bedeutet: Der Universalismus der abendländischen Wohlstandszone soll für die gesamte übrige Welt zur Massgabe werden. Demgegenüber setzen die links-grünen GegnerInnen auf eine wirkliche Öffnung gegenüber fünf ein halb Milliarden Menschen und allen fünf grossen Weltkulturen.

Auch innerhalb der Deutschschweizer Grünen beginnt die Front der BeitrittsbefürworterInnen zu wachsen. Ich sehe darin vor allem die Angst, von den EU-fixierten Medien nicht mehr geschätzt, als unmodern und als indirekte UnterstützerInnen des Blocher-Alleingangs verdächtigt zu werden. Das Argument, die Schweiz könne dann all das sozial, ökologisch und demokratisch Erreichte in den EU-Gremien einbringen und „mitgestalten“, erscheint dabei mehr als sekundär. Die Befürchtung besteht, dass die Grünen in der Schweiz auch aufgrund eines Entscheides für den EU-Beitritt zu einer technokratisch ausgerichteten, etwas ökologischeren SPS werden. Viele Unterscheidungsmerkmale zwischen GPS und SPS freilich wird es dann nicht mehr geben.

Die Chancen für die *ökologische* Reform (Verwirklichung der Alpeninitiative, CO²/Energiesteuer, Internalisierung der externen Kosten im Verkehr), für die *soziale* Reform (Existenzgarantiesystem, frühere Ruhestandsrente) und nicht zuletzt für *politische* Reformen (Gesetzesreferendum, Verfassungsrevision mit einem Ausbau des Grundrechtsschutzes, Durchsetzung gleicher Rechte von Frauen und Männern, Schweizern und Ausländern, kulturelle Quotenregelung) sind in der Schweiz ohne EU-Beitritt grösser. Es ist in einem richtig verstandenen Sinn auch die Variante einer moderneren Schweiz im zukünftigen Europa.